

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Historische Mitte Berlins bewahren: Zerstörung der Friedrichswerderschen Kirche stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- unverzüglich gemeinsam mit dem Bezirksamt Mitte alles zu unternehmen, um eine weitere Schädigung der Friedrichswerderschen Kirche durch laufende bzw. geplante Baumaßnahmen in deren unmittelbarer Umgebung zu verhindern;
- dem Bezirksamt Mitte jede Unterstützung zu gewähren, die geeignet ist, sicherzustellen, dass die Ausführung von Baugenehmigungen nur zugelassen wird, wenn alle bautechnischen und denkmalrechtlichen Auflagen und Genehmigungsvoraussetzungen voll umfänglich erfüllt sind und eine weitere Schädigung der Friedrichswerderschen Kirche ausgeschlossen ist;
- sicher zu stellen, dass die Verursacher der Schäden für die Kosten der Beseitigung in vollem Umfang aufkommen und die Schäden möglichst kurzfristig beseitigt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 1. Januar 2016 zu berichten.

Begründung:

Die Friedrichswerdersche Kirche als hochkarätiges Baudenkmal ist durch die bisherige und geplante Bautätigkeit in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft akut gefährdet. Bereits seit 2012 ist der zuletzt für die Ausstellung von Skulpturen genutzte Kirchenbau geschlossen. Die

Kunstwerke sind ausgelagert. Eine Wiedereröffnung ist mehr als ungewiss. Das Bauvorhaben westlich des Gebäudes hat zu schweren Bauwerksschäden geführt.

Aktuell wird ein Bauvorhaben östlich des Gebäudes vorbereitet. Die Kirche als Eigentümer hat öffentlich Alarm geschlagen und lehnt die Unterzeichnung einer Nachbarschaftsvereinbarung mit dem Bauherrn ab. Auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die den Kirchenbau seit 2001 bis zu dessen Schließung 2012 als Ausstellungsgebäude genutzt hat und dies auch künftig wieder beabsichtigt, hat sich ebenfalls öffentlich dahingehend geäußert, dass das Land Berlin alles Notwendige schnell unternehmen soll, um die Friedrichswerdersche Kirche zu erhalten, wiederherzustellen und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen.

Berlin, den 04. November 2015

U. Wolf Lompscher
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke